

## Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2019 in der Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 25. Oktober 2018

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte mich zunächst den Dankesworten unseres Oberbürgermeisters Herrn Frei anschließen und mich besonders herzlich bei meinem Team im Rechnungsamt für die tatkräftige Unterstützung bei der Aufstellung des Haushaltsplans bedanken. Vielen Dank auch an meine Amtsleiterkollegen und an Sie Herr Oberbürgermeister Frei. Es stimmt, die Abstimmungen zum Haushaltsplanentwurf waren in diesem Jahr emotional aber letztendlich immer ergebnisorientiert und darauf kommt es an.

Dieses Jahr bringe ich das letzte Mal einen Haushalt in kameraler Form ein. Ab 2020 müssen wir, wie im Übrigen alle Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt haben. In der Kämmerei weht schon der Wind der Veränderung, der hoffentlich bald alle im Haus erfasst. Das Umstellungsprojekt geht in die heiße Phase. Aber nun lassen Sie mich noch ein letztes Mal die Zahlen in altbewährter Form präsentieren:

	<b><u>Haushaltsvolumen</u></b>			
	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>+/-</b>	<b>+/-</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>€</b>	<b>v.H.</b>
<b>Verwaltungshaushalt</b>	<b>55.512.400</b>	<b>61.288.700</b>	<b>5.776.300</b>	<b>10,4%</b>
<b>Vermögenshaushalt</b>	<b>19.025.300</b>	<b>19.208.000</b>	<b>182.700</b>	<b>1,0 %</b>
<b>Gesamtvolumen</b>	<b>74.537.700</b>	<b>80.496.700</b>	<b>5.960.100</b>	<b>8,0 %</b>

Das Haushaltsvolumen übersteigt im Haushaltsjahr 2019 erstmals die 80 Millionen Euro-Marke und beträgt 80.496.700 €.

Der Verwaltungshaushalt steigt um stattliche 5,8 Mio. € auf 61.288.700 €. Ursächlich hierfür ist insbesondere eine Steigerung der Personalausgaben um 1,4 Mio. € und des Verwaltungs- und Betriebsaufwands um 1,8 Mio. €.

Das Volumen im Vermögenshaushalt steigt um 182.700 € auf 19.208.000 €.

Schauen wir uns zunächst einzelne Ausgabearten im Verwaltungshaushalt an:

**Entwicklung einzelner Ausgabearten im  
Verwaltungshaushalt**

- in 1000 € -

	2017 Ergebnis	2018 Planansatz	<b>2019</b>	Differenz 2017/2018	v.H.
Personalausgaben	10.833	11.835	<b>13.272</b>	+ 1.437	+ 12,14 %
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	9.876	10.735	<b>11.853</b>	+ 1.118	+ 10,41 %
Zuschüsse	6.374	7.093	<b>7.251</b>	+ 158	+ 2,23 %
Gewerbesteuerumlage	1.168	1.082	<b>1.163</b>	+ 81	+ 7,49 %
Finanzausgleichsumlage	5.668	6.126	<b>6.225</b>	+ 99	+ 1,61 %
Kreisumlage	7.683	8.316	<b>8.169</b>	- 148	- 1,77 %

\* Ohne innere Verrechnungen und kalk. Kosten

Die **Personalkosten** erhöhen sich um 1,4 Mio. € auf fast 13,3 Mio. €. Neben der angenommenen Erhöhung bei der Beamtenbesoldung von 2,5 % und den bereits beschlossenen Tarifierhöhungen für die Beschäftigten von durchschnittlich 3,09 % tragen insbesondere Stellenmehrungen in der Verwaltung und im Bereich der Kinderbetreuung zu dieser Kostensteigerung bei.

Der **Verwaltungs- und Betriebsaufwand** steigt im Vergleich zum letztjährigen Ansatz um über 1,1 Mio. €. Um die vorhandenen Gebäude sach- und fachgerecht zu unterhalten wurde der Etat für die Gebäudeunterhaltung in 2019 einmalig wieder von 800.000 € auf 1,2 Mio. € erhöht. Die Mittel für die Unterhaltung im Tiefbaubereich liegen um 90.000 € höher bei jetzt 2,4 Mio. €. Die Ansätze für die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude steigen aufgrund allgemeiner Preissteigerungen ebenfalls um 100.000 €. Außerdem gibt es Kostensteigerungen im EDV-Bereich und im Deckungskreis Feuerwehr.

Die **Zuschüsse** erhöhen sich um 158.000 € auf knapp 7,3 Mio. €. Mit 3,42 Mio. € bezuschussen wir die konfessionellen und freien Kindergartenträger, also 40.000 € mehr als im Vorjahr. Die Zuschüsse an Hochwasserzweckverbände steigen um 20.000 €, der Betriebskostenzuschuss für die Stadtbahn Heilbronn Nord um 25.000 €. Der Zuschuss an die BTB steigt um 97.000 €. Gründe hierfür sind einerseits Einmalkosten für 2019 in Höhe von geschätzten knapp 70.000 € sowie anfallende Kosten für den Betrieb der zweiten Gäste-Information im Bahnhofsgebäude. Der Zuschuss an die KuK sinkt dagegen um 184.400 € auf 1,99 Mio. €. Dies ist bedingt durch sinkende Unterhaltungs- und Betriebskosten des RappSoDie.

Die **Gewerbsteuerumlage** steigt aufgrund der höheren Gewerbesteuereinnahmen. Die **Finanzausgleichsumlage** erhöht sich aufgrund der leicht angestiegenen Steuerkraftsumme um 99.000 € auf 6,2 Mio. €. Die **Kreisumlage** liegt um 148.000 € unter dem Vorjahr bei insgesamt 8,2 Mio. €. Der Kreisumlagehebesatz soll nach dem Haushaltsplanentwurf des Landkreis Heilbronn, der diesen Montag im Kreistag eingebracht wurde, um einen Prozentpunkt von bisher 30 v. H. auf 29 v. H. gesenkt werden. Hoffen wir, dass die Kreisräte dem Vorschlag der Landkreisverwaltung folgen. Die Absenkung des Kreisumlagehebesatzes entlastet den städtischen Haushalt um 281.600 €.

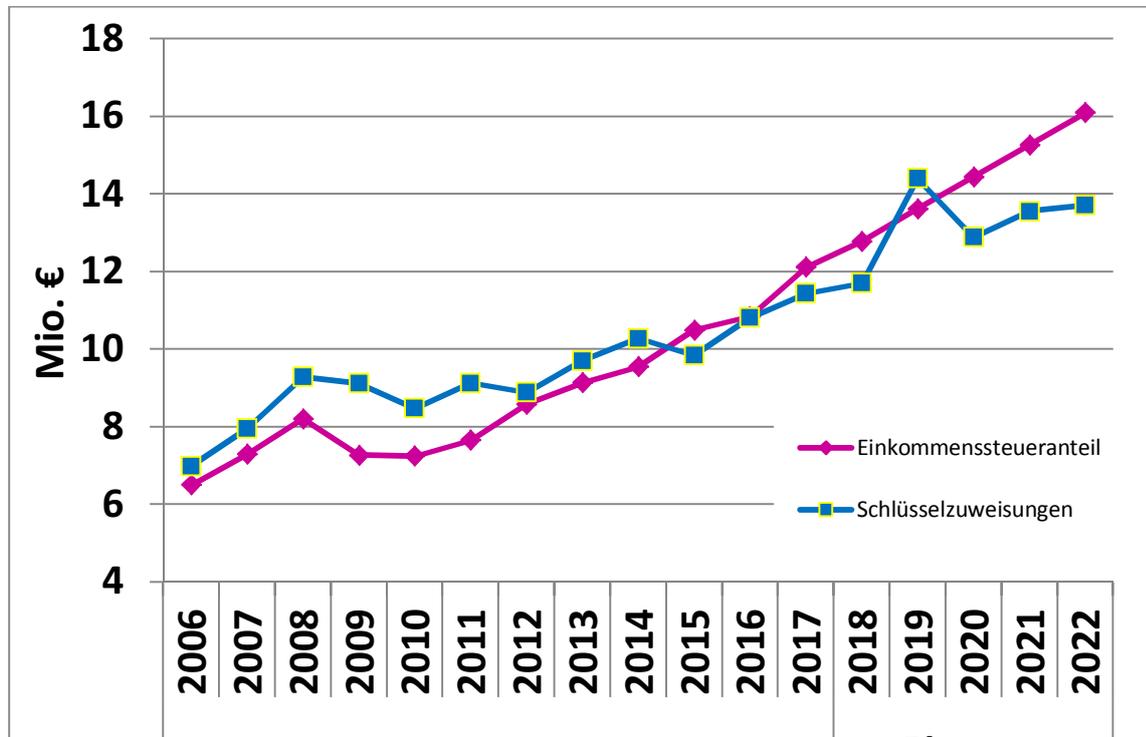
**Entwicklung einzelner Einnahmearten im  
Verwaltungshaushalt**

- in 1000 € -

	2017 Ergebnis	2018 Planansatz	2019	Differenz 2018/2019	v.H.
Einkommensteueranteil	12.116	12.781	<b>13.622</b>	+ 841	+ 6,58 %
Schlüsselzuweisungen	11.446	11.708	<b>14.040</b>	+ 2.332	+ 19,92 %
Gewerbsteuer	5.782	6.000	<b>6.500</b>	+ 500	+ 8,33 %
Grundsteuer A + B	3.454	3.345	<b>3.445</b>	+ 100	+ 2,99 %
Vergnügungssteuer	1.590	1.400	<b>1.500</b>	+ 100	+ 7,14 %
Einnahmen aus Verwaltung, Betrieb und Zuschüsse*	8.897	8.426	<b>9.369</b>	+ 943	+ 11,19 %

\* Ohne innere  
Verrechnungen

## Entwicklung Einkommenssteueranteil und der Schlüsselzuweisungen



Bislang war der **Einkommensteueranteil** die wichtigste Einnahmeart in Bad Rappenau. Dieser steigt zwar im nächsten Jahr um beachtliche 841.000 € auf nunmehr 13,6 Mio. €, wird aber 2019 von den **Schlüsselzuweisungen vom Land** mit insgesamt knapp über 14,0 Mio. € übertrumpft. Wie lässt sich die außerordentliche Steigerung von über 2,3 Mio. € bei den Schlüsselzuweisungen im Vergleich zum Vorjahr erklären? Bemessungsgrundlage für die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen ist die Finanzkraft des Vorjahres, also 2017. Durch den Einbruch der Gewerbesteuer im Jahr 2017 auf 5,8 Mio. € steigt unsere Steuerkraftsumme nicht im gleichen Maße an wie im Vorjahr. Ebenso steigt der Kopfbetrag für die Bemessung der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft von 1.319 €/Einw. auf 1.400 €/Einw.. Zu guter Letzt werden über 300 Einwohner mehr als in 2018 zugrunde gelegt. Ein Blick auf die Mittelfristige Finanzplanung zeigt aber, dass die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen ab 2020ff. wieder deutlich unter den Einkommensteueranteil abfallen. Es wird davon ausgegangen, dass die prognostizierte Steuerkraft wieder ansteigt. Durch den Finanzausgleich werden in 2019 insgesamt ca. 3,2 Mio. € mehr erwartet.

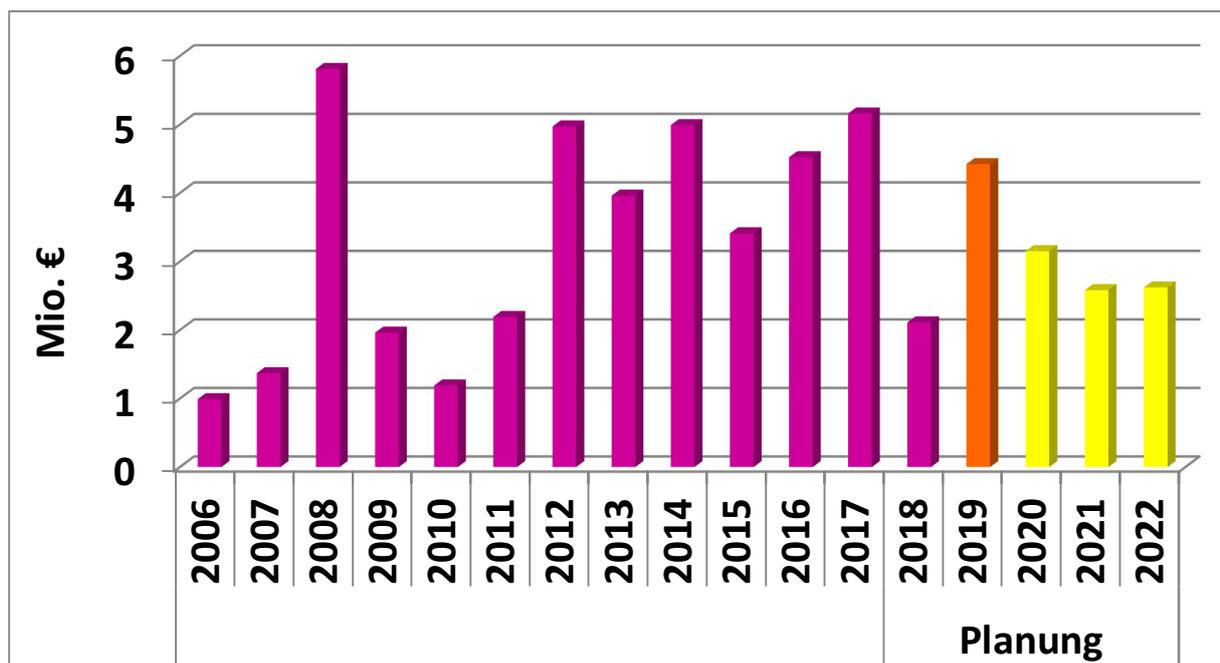
Der Hebesatz für die **Gewerbesteuer** wurde zum 01.01.2017 auf 380 v. H. erhöht. Beim Ansatz für die Gewerbesteuer kann aufgrund der derzeitigen Entwicklung von 6,5 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) ausgegangen werden. Nach dem Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2017 haben sich diese in 2018 wieder erholt. Nach dem Finanzbericht vom 28.06.2018 liegt das Veranlagungs-Soll bei

7,15 Mio. €. Für 2019 steht allerdings ein höherer Rückzahlungsbetrag aus. Der Ansatz für die **Grundsteuer A und B** erhöht sich um 100.000 € aufgrund fortgeschriebener Einheitswerte. Die Hebesätze für die Grundsteuern sind seit 2004 bzw. 2010 konstant.

Der Ansatz für die **Vergnügungssteuer** wird aufgrund der aktuellen Ergebnisse mit 1,5 Mio. € auf einem sehr hohen Niveau geplant.

Die **Einnahmen aus Gebühren und Zuschüssen** steigen um 943.000 €. Aufgrund der guten Baukonjunktur werden 50.000 € mehr an Baugenehmigungsgebühren erwartet. Bei den Kindergartengebühren und den Gebühren für die Kleinkindbetreuung sind es 241.800 € mehr. Die Landeszuschüsse für die Kindergärten und die Kleinkindbetreuung sind um 392.000 € höher als im Vorjahr.

### Entwicklung der Zuführungsrate



Aufgrund der Systematik des Finanzausgleichs, der uns im Vergleich zum Vorjahr 3,2 Mio. € mehr in die Kassen spült, kann 2019 die höchste Zuführungsrate seit mehr als 10 Jahren eingeplant werden. Ab 2020 fällt die Zuführungsrate wieder, da die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen zurückgehen und im gleichen Zuge die Umlagen steigen. Im kompletten Finanzplanungszeitraum können positive Zuführungsraten erwirtschaftet werden, die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung wird immer erreicht. Also alles gut? Nein. Nach wie vor ist die Ertragslage des Verwaltungshaushalts nicht ausreichend um die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen und die anstehenden notwendigen

Investitionen mitzufinanzieren. Meine Damen und Herren, dies sage ich Ihnen schon seit 3 Jahren und mein Vorgänger davor hat es genauso gepredigt. In Hochkonjunktur-Zeiten wie diesen müsste die Zuführungsrate noch viel höher sein. Unsere Gewerbesteuererinnahmen entsprechen einfach nicht den stetig steigenden Bedürfnissen einer Großen Kreisstadt, die auch noch als Flächengemeinde die Infrastruktur in 10 Stadtteilen unterhalten muss. Als Kur- und Bäder-Stadt haben wir zudem noch die Unterhaltung der Kur- und Bädereinrichtungen incl. des Kur- und Salinenparks zu finanzieren. Diese binden in 2019 immerhin rund 3,6 Mio. €. Unsere Ausgabenverpflichtungen im Verwaltungshaushalt steigen dynamisch von Jahr zu Jahr. Wären die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich nicht so hoch müssten wir im Haushalt Defizite ausweisen. Mit der Anwendung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) ab 2020 sind auch noch die Abschreibungen voll ergebniswirksam und sollen über laufende Erträge, wie z. B. Steuern und Gebühren ausgeglichen werden. Dann kommen nochmal mehr als 3,0 Mio. € dazu. Sie werden also auch zukünftig von mir zu hören bekommen, dass wir im Verwaltungshaushalt, ab 2020 im Ergebnishaushalt, ein strukturelles Problem haben.

Nun zum Vermögenshaushalt:

### Ausgaben Vermögenshaushalt

Baumaßnahmen	10.747.500 €	56,0 %
Vermögenserwerb	7.307.200 €	38,0 %
Gewährte Investitionszuweisungen / -darlehen	724.500 €	3,8 %
Kredittilgung	428.800 €	2,2 %
Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0 €	0,00 %
<b>Summe</b>	<b>19.208.000 €</b>	<b>100,00 %</b>

Die Ausgaben für Baumaßnahmen bleiben rekordverdächtig hoch und liegen bei 10,7 Mio. € (Vorjahr: 9,6 Mio. €), für den Vermögenserwerb sind fast 7,3 Mio. € eingeplant. Davon sind 5,95 Mio. € für den Erwerb von Grundstücken in Baulandumlegungsverfahren. Für Investitionszuschüsse- bzw. Darlehen an Dritte sind 724.500 € vorgesehen.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahme bzw. Investitionsschwerpunkte:

Wir wollen insgesamt 250.000 € in drei **stationäre Geschwindigkeitsmesssäulen** und zwei Kameras zur Ausweitung der Geschwindigkeitsüberwachung investieren. Für **Fahrzeugbeschaffungen im Bereich Feuerwehr** müssen 385.000 € aufgewendet werden. Die letzte Finanzierungsrate für den **Neubau der „Feuerwache Süd“** für die Fusion der Abteilungswehren Bonfeld, Fürfeld und Treschklingen ist mit 550.000 € die drittgrößte Baumaßnahme im Jahr 2019. Damit ist die fast 5,0 Mio. € teure Baumaßnahme gestemmt. Für den **Umbau des Feuerwehrhauses in Obergimpfern** stehen weitere 337.000 € zur Verfügung.

Für erforderliche **Brandschutzmaßnahmen in den Grundschulen** sind insgesamt 292.500 € eingeplant. Für die zweitgrößte Baumaßnahme, die **Erweiterung/Generalsanierung der Grundschule Bonfeld** stehen 1,6 Mio. € bereit. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,1 Mio. €. Die **Grundschule Obergimpfern** muss generalsaniert werden. Hierfür ist eine Planungsrate von 200.000 € vorgesehen. Die Gesamtmaßnahme ist derzeit mit 3,7 Mio. € in der Mittelfristigen Investitionsplanung abgebildet. Der **Neu-/Umbau der Mensa** soll in 2019 abgeschlossen werden. Hierfür sind 380.000 € eingeplant. Damit wurden insgesamt 4,2 Mio. € in die Mensa investiert.

Für **ökologische Ausgleichsmaßnahmen** werden insgesamt 335.000 € benötigt. Für **Brandschutzmaßnahmen im Wasserschloss** sind 175.000 € erforderlich.

Für **Investitionsmaßnahmen verschiedener konfessioneller Kindergärten** ist ein Zuschuss von insgesamt 190.000 € eingestellt. Für den **Neubau des Kindergarten „Kandel“ in Bad Rappenau** sind 2,5 Mio. € vorgesehen, die Gesamtkosten belaufen sich auf 3,5 Mio. €. Sie stellt damit die größte Baumaßnahme in 2019 dar.

Für die Fortführung der **Sanierung in Bonfeld** werden in 2019 insgesamt 500.000 € bereitgestellt. Maßnahmen im Rahmen der Dorfentwicklung Heinsheim und Obergimpfern werden über Haushaltsausgabereste finanziert. In Baugebiete wird in diesem Jahr kräftig investiert. 200.000 € sind für die **Erschließung des Wohngebiets „Kandel“ in Bad Rappenau**, 230.000 € für die **Erschließung des Wohngebiets „Waldäcker 2. BA“ in Babstadt** und 500.000 € für die **Erschließung des Wohngebiets „Kobach III“ in Grombach** vorgesehen. Für den lang geforderten Ausbau des **Rad- und Fußweges Siegelsbacher Straße – Waldstadion** sind 240.000 € vorgesehen. Die **Sanierung der Salinenstraße** soll 2019 in einem ersten Bauabschnitt beginnen. Hierfür sind 400.000 € eingeplant. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme werden derzeit auf 1,2 Mio. € geschätzt. Für die **Gehwegerneuerung entlang der Bonfelder Straße (B39) in Fürfeld** müssen 260.000 € nachfinanziert werden. Das Starkregenrisiko-Management-Konzept für den Ortsteil Babstadt schlägt als sinnvolle Maßnahme zum Schutz der Ortschaft vor Überflutung durch Starkregenereignisse den Bau des

**Hochwasserrückhaltebeckens „Zehn Morgen“** vor. Für die schnellstmögliche Umsetzung wurden 510.000 € in 2019 bereitgestellt.

Für **Ersatz- und Neubeschaffungen des Fuhrparks und der Geräte im Bauhof** stehen 300.000 € bereit. Für die **Fortführung der Modernisierung und Sanierung des Freibades, 2. BA** ist eine weitere Finanzierungsrate von 450.000 € eingestellt. 100.000 € in 2020 kommen dann noch dazu.

Für den **Erwerb von Grundstücken** stehen 5,95 Mio. € bereit.

Diese Ausgaben sollen wie folgt finanziert werden:

### Einnahmen Vermögenshaushalt

Darlehen	6.277.900 €	32,7 %
Beiträge	1.640.000 €	8,5 %
Zuschüsse	2.590.700 €	13,5 %
Grundstückserlöse	3.500.000 €	18,2 %
Zuführung vom Verwaltungshaush.	4.417.000 €	23,0 %
Entnahme aus allg. Rücklage	0 €	0 %
Darlehensrückflüsse	782.400 €	4,1 %
<b>Summe</b>	<b>19.208.700 €</b>	<b>100,00%</b>

Der **Verkauf von Grundstücken** aus dem Gewerbegebiet „Kreuz-Obern-Tor“ und aus den Neubaugebieten „Waldäcker“ und „Geisberg II“ wird uns – so hoffe ich – Einnahmen in Höhe von 3,5 Mio. € einbringen. An **Beiträgen, Zuschüssen und Darlehensrückflüssen** fließen knapp 5,0 Mio. € dem Vermögenshaushalt zu. Der **Verwaltungshaushalt** steuert zur Finanzierung der Investitionen insgesamt 4.417.000 € bei. Da die **Allgemeine Rücklage** bereits zum Beginn des Jahres 2019 bis auf die Mindestrücklage geschröpft wurde kann diese nichts zur weiteren Finanzierung beitragen. Daher ist eine **Kreditaufnahme** von fast 6,3 Mio. € erforderlich.

**Entwicklung der Schulden**

	<b><u>-in 1.000 €-</u></b>
voraussichtlicher Stand am 31.12.2018	4.307
voraussichtliche Kreditaufnahme 2018:	516
geplante Kreditaufnahme 2019	+ 6.278
<u>geplante Tilgungen 2019</u>	<u>- 429</u>
voraussichtlicher Darlehensstand zum 31.12.2019	10.674

Davon ausgehend, dass 2018 nur ein Kredit in Höhe von 515.700 € aufgenommen werden muss – ursprünglich war eine Kreditaufnahme in Höhe von 6,4 Mio. € geplant – wird sich der Darlehensstand unter Berücksichtigung der neuen Kreditermächtigung in Höhe von knapp 6,3 Mio. € und der planmäßigen Tilgungen in Höhe von 429.000 €, zum Ende des Jahres 2019 auf 10,7 Mio. € erhöhen.

**Entwicklung der Rücklagen**

	<b><u>-in 1.000 €-</u></b>
Allgemeine Rücklage zum 31.12.2017	7.450
voraussichtliche Entnahme 2018	- 6.300
<u>geplante Entnahme 2019</u>	<u>- 0</u>
Zwischensumme	1.150
<u>gesetzliche Mindestrücklage</u>	<u>1.084</u>
verbleiben	66

Nach dem Finanzbericht 2018 vom 28. Juni kann aufgrund der Verbesserungen 2018 und des höheren Rücklagenstands Ende 2017 auf eine Kreditaufnahme weitestgehend verzichtet werden. Das Finanzierungsdelta muss dann über einen prognostizierte Rücklagenentnahme von voraussichtlich 6,3 Mio. € finanziert werden. Da bereits zum Jahresanfang 2019 der Rücklagenbestand mit 1,15 Mio. € nur knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklage liegt, ist eine Rücklagenentnahme zur Finanzierung unserer Investitionen in 2019 nicht möglich.

In wirtschaftlich guten Zeiten wie diesen, sollte es uns eigentlich gelingen, ein Rücklagenpolster für schlechtere Zeiten aufzubauen, denn die schlechteren Zeiten kommen gewiss. Wenn wir dann keine Rücklagen gesammelt haben, wird es Einschnitte geben müssen: im laufenden Betrieb und bei notwendigen Investitionen.

Gleichzeitig mit dem Haushaltsplan wird auch der **Wirtschaftsplan** des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ eingebracht.

### Entwicklung des Planvolumens

	2018	2019	+ / -	v.H.
	€	€	€	
Erfolgsplan	5.301.600	5.391.800	+ 90.200	+ 1,70 %
Jahresergebnis	- 587.900	- 552.800		
Vermögensplan	8.151.100	8.041.100	- 110.000	- 1,35 %
Gesamtvolumen	13.452.700	13.432.900	- 19.800	-0,15 %

Das Volumen des Erfolgsplans beträgt 5,4 Mio. €. Dabei wird von einem Jahresverlust von 552.800 € ausgegangen. Der Verlust aus dem laufenden Betrieb wird durch die Auflösung der gebührenrechtlichen Rückstellungen in gleicher Höhe ausgeglichen, so dass handelsrechtlich weder ein Gewinn noch ein Verlust ausgewiesen wird.

Das Volumen im Vermögensplan liegt abermals über 8 Mio. € (8.041.100 €).

## Größte Maßnahmen Vermögensplan 2019

### Ansatz 2019

▪ Ertüchtigung Kläranlage Rappenu	990.000	€
▪ Kanalsanierung B 39, Fürfeld	730.000	€
▪ Kanalsanierung Grombacher Straße (K 2043), Obergimpfern	700.000	€
▪ Kanalsanierung Salinenstraße, Bad Rappenu	600.000	€
▪ Kanalsanierungen Ortskern Bonfeld	560.000	€
▪ Erschließung Baugebiet Kandel, Bad Rappenu	510.000	€
▪ Erschließung Baugebiet „Kobach III“, Grombach	400.000	€
▪ Bypass Bonfelder Straße zur Schloßbergstraße, Fürfeld	350.000	€

Die größte Maßnahme ist die weitere **Ertüchtigung der Kläranlage Mühlbachtal** mit 990 TEuro. Im Zuge der Fahrbahnerneuerung in der **Ortsdurchfahrt Fürfeld** wird auch der Kanal ausgetauscht und Richtung Ortsausgang Bonfeld verlängert (730 TEuro). Daneben stehen weitere **Kanalsanierungen** an: in der **Grombacher Straße** in Obergimpfern (700 TEuro), in der **Salinenstraße** in Rappenu (600 TEuro) und im **Ortskern Bonfeld** (560 TEuro). Die Erschließung des **Wohngebietes „Kandel“** im Kernort soll 2019 abgeschlossen werden (510 TEuro) und in Grombach soll das **Wohngebiet „Kobach III“** erschlossen werden (400 TEuro). Zur Entlastung des Kanals in der Ortsdurchfahrt Fürfeld soll ein **Bypass von der Bonfelder Straße zur Schloßbergstraße** gebaut werden (350 TEuro).

Die Investitionen sollen wie folgt finanziert werden:

### Einnahmen Vermögensplan

Darlehen	5.132.200 €
Abschreibungen	1.811.200 €
Abwasserbeiträge	818.700 €
Zuschüsse	269.000 €
<b>Summe</b>	<b>8.031.100 €</b>

Die ordentlichen **Abschreibungen** in Höhe von 1,8 Mio. € und die **Abwasserbeiträge** und **Zuschüsse** reichen nicht aus, um das Investitionsprogramm zu finanzieren. Knapp zwei Drittel, nämlich 5,1 Mio. €, müssen über **Darlehen** finanziert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit der Rücklagenentnahme 2018 von 6,3 Mio. € haben wir bereits Ende 2018 absolut nichts mehr auf der hohen Kante, nur noch das gesetzliche Minimum. Die Ausgaben für Baumaßnahmen sind 2019 aber weiterhin mit 10,7 Mio. € auf sehr hohem Niveau. Womit finanzieren wir also unsere Investitionen? Mit einer Kreditaufnahme von 6,3 Mio. €. Die Verschuldung der Stadt steigt überproportional um 150 %, von 203 €/Einw. auf 504 €/Einw.. Damit schränken wir unsere Handlungsfähigkeit für die nächsten Haushaltsjahre extrem ein. Es dauert eine Generation, die Schulden abzubezahlen, die wir heute aufnehmen.

Zum Glück steigen die Einnahmen der öffentlichen Hand inzwischen das neunte Jahr in Folge. Aber damit ist noch lange nicht alles im grünen Bereich. Grundlage für die gute Einnahmesituation ist eine seit Jahren anhaltende Hochkonjunktur. Aber das kann auch schlagartig vorübergehen. Ich kann mich noch gut an die Jahre 2009/2010 erinnern, als man die Wirtschaft nach der Finanz- und Bankenkrise mit umfangreichen Konjunkturprogrammen wieder ankurbeln musste. Sollte es der Wirtschaft irgendwann schlechter gehen, sinken die öffentlichen Einnahmen, nicht jedoch die Ausgabeverpflichtungen. Wir müssen unseren Haushalt so aufstellen, dass wir ihn auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten ausgleichen können.

Es bedarf einer klaren Priorisierung, für was wir künftig unsere Steuereinnahmen verwenden wollen. Von voreiligen Investitionen hat niemand etwas. Deshalb gibt es erstmals eine Projektliste für zukünftige Maßnahmen, die in den kommenden 5 bis 20 Jahren auf der „Agenda“ stehen. Das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und wünsche uns eine gute und konstruktive Beratung.

Tanja Schulz